

Slowakei

Lucia Mokrá/Kristína Janková*

Die vergangenen Monate waren in der Slowakei von einer bedeutenden innenpolitischen Dynamik geprägt, wodurch die europäische wie auch die internationale Politik nicht unbedingt im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung standen. Die fortwährende politische Krise seit der Ermordung des Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová sowie die Korruptionsskandale haben seit 2018 das politische und öffentliche Leben im ganzen Land beeinflusst. Im vergangenen Jahr wurde die erste Präsidentin der Slowakei, Zuzana Čaputová, vereidigt. Sie unternahm mehrere Auslandsbesuche in die EU-Mitgliedstaaten und trug zu einem äußerst positiven und proeuropäischem Image der Slowakei bei. Des Weiteren wurde im März 2020 eine neue Regierung gebildet, in der die Smer – sociálna demokracia (SMER-SD) nach zwei Amtszeiten die Regierungsgeschäfte abgeben musste, woraufhin der ehemalige Premierminister Peter Pellegrini und andere aus der Partei ausschieden. Vor dem Hintergrund dieser entscheidenden innenpolitischen Veränderungen liegt der Fokus auf jenen Veränderungen, die die Position der Slowakei bezüglich des EU-Integrationsprozesses beeinflusst haben.

Die Covid-19-Pandemie

Die Art und Geschwindigkeit, mit der sich die Covid-19-Pandemie ausbreitet, begleitet von der Reaktion nationaler und supranationaler Behörden (beispielsweise in den Bereichen E-Learning, Reorganisation des Gesundheitswesens etc.), hat die Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und auch das Verhalten von Firmen und Einzelpersonen wesentlich verändert. Der Wechsel zum E-Learning hatte, insbesondere im Kontext der Gewährleistung einer kontinuierlichen Bildung, soziale Auswirkungen auf allen Ebenen. Die Gesundheitspolitik war bei der Bereitstellung von Präventivpflege und dem Zugang zu medizinischen Geräten betroffen. Das öffentliche Versorgungswesen war den extrem verkürzten Verfahren zur Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen ausgesetzt und in der Gleichstellungspolitik musste für die Prävention von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt Sorge getragen werden. Die Wahrnehmung individueller Sicherheit sowie der Präventivmaßnahmen ist angesichts des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten relativ sensibel. Obschon die Slowakei die Pandemiebekämpfung erfolgreich gemeistert hat, wird in der Öffentlichkeit eine Debatte geführt, wie weit der Staat mit der Einschränkung der Menschenrechte während einer Pandemie gehen darf.¹ Dies hängt vor allem mit der Frage der Zuständigkeit zusammen: Welche Befugnisse hat der Staat im Ausnahmezustand und wie wirken sich diese auf das öffentliche Leben aus? Die slowakische Regierung sieht sich bereits mit mehreren Klagen wegen der Verletzung des Verhältnismäßigkeitsprinzips konfrontiert, bei denen es um die administrative Überprüfung der Entscheidungen der Gesundheitsbehörde und von Regierungsverordnungen

* Übersetzt aus dem Englischen von Lukas Haunhorst und Jana Schubert.

1 The Slovak Spectator: Slovakia earns reputation as a success story in the coronavirus pandemic, 28.5.2020, abrufbar unter: <https://spectator.sme.sk/c/22404507/slovakia-earns-reputation-as-a-success-story-in-the-coronavirus-pandemic.html> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

hinsichtlich des Ausnahmezustandes geht. Die generelle Intention der Regierung, präventiv restriktive Maßnahmen (in Form von außerordentlichen Rechtsakten und Exekutivverordnungen) zu ergreifen, führte zur Prognose, dass die Wirtschaft im Jahr 2020 um 5,8 bis 13,5 Prozent schrumpfen würde.² Daher werden die Zusammenarbeit auf EU-Ebene und die strategische Entscheidung über das Konjunkturpaket der EU für die Slowakei, auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen auf die größten Partner des Landes, wie Deutschland und seiner Automobilindustrie, immens wichtig sein.

Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU

Die Brexit-Entscheidung war in den letzten Jahren auch in der Slowakei ein wichtiges Thema. Die Slowakei konzentrierte sich dabei auf Binnenmarktfragen, Wirtschaftsbeziehungen, die Rechte der im Vereinigten Königreich lebenden Slowaken, Sicherheitsfragen und institutionelle Aspekte.³ Die slowakische Haltung gegenüber dem Austritt des Vereinigten Königreichs seit dem Referendum war von Bedauern über den Austritt begleitet, da mit dem Vereinigten Königreich eine Atommacht und die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU ebendiese verlässt.⁴ Laut dem ehemaligen Premierminister Pellegrini sei der Austritt kein positives Signal für die EU und die Verhandlungen schwierig.⁵ Hierbei betonte die Regierung den Faktor Zeit, der sowohl den Ausstiegsprozess als auch ein mögliches Abkommen beeinflussen könne. Die Slowakei würde einen ungeordneten Austritt gerne vermeiden, da er in wichtigen Bereiche wie Handel, Logistik, justizielle und polizeiliche Kooperation sowie Sicherheit viele Probleme verursachen kann.⁶ Die Slowakei setzt auf die Arbeit des EU-Unterhändlers Michel Barnier und darauf, dass das Abkommen für alle EU-Länder zufriedenstellend sein wird. In diesem Zusammenhang hat sich gezeigt, dass es den EU-Institutionen trotz divergierender Positionen der EU-Mitgliedstaaten gelungen ist, mit einer gemeinsamen Position aufzutreten.⁷ Allerdings war die Debatte im Europäischen Parlament manchmal sehr fachspezifisch, insbesondere wenn es um wirtschaftliche Auswirkungen ging. Anfang des Jahres 2020 wurde Maroš Šefčovič, der slowakische EU-Kommissar für interinstitutionelle Angelegenheiten, Ko-Vorsitzender des gemeinsamen Ausschusses der EU und des Vereinigten Königreichs, der sich mit der Umsetzung des Austrittseinkommens beschäftigt. Die Ernennung kann als großer Erfolg für Šefčovič, aber auch für den slowakischen diplomatischen Dienst gewertet werden.⁸

2 Waismel-Manor et al: Online Supplement for Covid-19 and Legislative Activity: A Cross-National Study, 2020, abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/342666341_Online_Supplement_for_Covid-19_and_Legislative_Activity_A_Cross-National_Study (letzter Zugriff: 20.8.2020).

3 Balázs Szent-Iványi/András Tétényi/Matúš Mišík/Vit Benes: Brexit, Post-Brexit Europe and the V4. Potential Impacts, Interests, and Perceptions, Februar 2018, abrufbar unter: https://publications.aston.ac.uk/id/eprint/37589/1/V4_brexit_report.pdf (letzter Zugriff: 20.8.2020).

4 SME: Brexit is reality, we need to focus on the future (Übersetzung der Autorinnen), 29.1.2020, abrufbar unter: <https://domov.sme.sk/c/22313791/brexit-je-realityou-treba-sa-zamerat-na-buducnost-tvrdia-europoslanci.html> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

5 SME: Európska únia musí zachovať pri vyjednávaniach s Britániou jednotu, hovorí Pellegrini, 13.12.2019, abrufbar unter: <https://domov.sme.sk/c/22283292/europska-unia-musi-zachovat-pri-vyjednaniach-s-britaniou-jednotu-hovori-pellegrini.html> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

6 SME: Slovak priorities during Brexit negotiations will be mutual trade (Übersetzung der Autorinnen), 24.1.2020, abrufbar unter: <https://domov.sme.sk/c/22310010/prioritou-slovenska-pri-rokovaniach-o-brexit-e-bude-vzajomny-obchod.html> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

7 Ed Turner et al.: Negotiating as One Europe or several? The variable geometry of the EU's approach to Brexit, in: *Contemporary Social Science* 2/2018, S. 226–241.

Der mehrjährige Finanzrahmen

Die Diskussion über den MFR wurde ebenfalls stark durch die Pandemie beeinflusst. Die Visegrád-Staaten (V4) inklusive der Slowakei interessierten sich dennoch auch für weitere Aspekte der Verhandlungen, beispielsweise für Migration. Das Hauptaugenmerk wurde jedoch auf den EU-Wiederaufbaufonds gelegt.⁹ Die Slowakei nutzte die Verhandlungen, um ihre politischen Absichten zu artikulieren und gemeinsam mit der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn, beeinflusst von der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit und regionalen Besonderheiten, zu koordinieren. Die Situation hat sich durch die jüngsten Entwicklungen in der Region, beispielsweise den polnischen Präsidentschaftswahlen, geändert. Das Tandem Ungarn und Polen wird seitens der EU bereits seit längerem wegen seiner Rechtsstaatsverletzungen kritisiert. Während Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für die Verteilung der EU-Finanzmitteln gefordert wird, haben die Slowakei und die Tschechische Republik ihre Position geändert und ihr nationales Interesse dem Interesse der V4 untergeordnet.¹⁰

Die MFR-Verhandlungen waren eine großartige Gelegenheit für die Slowakei, nicht nur um sich an der Debatte über die wirtschaftlichen und finanziellen Prioritäten der EU und deren Mitgliedstaaten zu beteiligen, sondern auch, um sich solidarisch mit den anderen von der Pandemie betroffenen Ländern zu zeigen. Der Staatssekretär des Ministeriums für auswärtige und europäische Angelegenheiten sagte dazu, dass man die ambitionierten Ansätze für den MFR für 2021–2027 sowie den EU-Wiederaufbaufonds unterstütze. Die Verhandlungen müssten dazu beitragen, dass eine flexible Inanspruchnahme jener Gelder zur Bedingung würde, damit eine gezielte Investition stattfinde. Die Wirtschaftsentwicklung der Slowakei würde gestützt werden, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Übergang zur Klimaneutralität oder der Unterstützung der Digitalisierung.¹¹ Die slowakische Position zum Entwurf des MFR lässt sich als Chance sehen, um die notwendigen Strukturreformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Steuern, Gesundheitswesen und Bildung durchzuführen.

Die Zukunft Europas

Im Jahr 2017 erreichte die Diskussion über die Zukunft der EU ihren Höhepunkt in der Slowakei, als in Frankreich und Deutschland gleichzeitig die Debatte über verschiedene Optionen einer differenzierten Integration aufkam. In der Slowakei hatte sich der ehemalige Premierminister Robert Fico absolut deutlich darüber geäußert, dass die Slowakei zum Kerngebiet der EU gehört. Dort erwarte er eine Beteiligung der Länder der Eurozone mit anschließendem Übergreifen auf andere Bereiche wie einer Sozial-, Banken- oder Steue-

8 SME: Šefčovič will oversee the implementation of Brexit deal (Übersetzung der Autorinnen), 26.2.2020, abrufbar unter: <https://svet.sme.sk/c/22335151/sefcovic-bude-dohlidat-na-plnenie-dohody-o-brexite.html> (letzter Zugriff: 20.8.2020).

9 Martin Klus: We Welcome the EU's Economic Recovery Plan but We Demand More Flexible Conditions for Drawing the Funds, 18.6.2020, abrufbar unter: https://www.mzv.sk/web/en/news/detail/-/asset_publisher/oLViwP07vPxv/content/martin-klus-plan-hospodarskej-obnovy-eu-vitame-pozadujemevsak-flexibilnejsie-podmienky-cerpania/10182?p_auth=9dsBUoTy&_101_INSTANCE_oLViwP07vPxv_redirect=%2Fweb%2Fen%2Fnews%2Fstate_secretaries_activities (letzter Zugriff: 20.8.2020).

10 Petr Šabata: Na summitu vyšlo najevo, jak je Visegrád nebezpečný, 20.6.2020, abrufbar unter: https://www.irozhlas.cz/komentare/brusel-evropska-unie-summit-visegradska-skupina_2007200929_ada (letzter Zugriff: 20.8.2020).

11 Martin Klus: We Welcome the EU's Economic Recovery Plan but We Demand More Flexible Conditions for Drawing the Funds, 2020.

runion, vor allem aber auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik inklusive der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ). Die Oppositionspartei „Solidarität und Freiheit“ (SaS) kritisierte diese Ansicht, da die Slowakei dadurch jene Instrumente verlieren würde, mit denen sie zu den weiter entwickelten sowie ökonomisch erfolgreicheren EU-Mitgliedstaaten aufschließen könnte. Nachdem Fico im Jahr 2018 durch Pellegrini ersetzt worden war, verlor die Diskussion über den EU-Kern und die Zukunft Europas deutlich an Bedeutung. Sogar die slowakischen Parlamentarier fragten mehrmals nach der Haltung Pellegrinis zur Zukunft der europäischen Integration, ohne jedoch eine so klare Antwort wie von Fico erhalten zu haben. Aus den offiziellen Erklärungen ging jedoch eindeutig hervor, dass es keine Änderung in dieser Ausrichtung geben wird, weil die Slowakei in sämtlichen Aspekten von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Die im Jahre 2020 neu eingesetzte Regierung setzt die proeuropäische Politik der Slowakei fort¹², was auch als Reaktion auf das konfuse Verhalten ehemaliger Staatsvertreter (beispielsweise des Parlamentsvorsitzenden Andrej Danko) verstanden werden kann, die eher Russland zugelegneten und der EU gegenüber skeptisch waren. Die neue Koalition verweigerte sich, eine „Brücke“ zwischen West und Ost zu sein und unterstrich die euro-atlantische Ausrichtung der slowakischen Außenpolitik. Im Regierungsprogramm unterstrich die Koalition die Bedeutung der Konferenz zur Zukunft Europas, insbesondere wenn es um Bürgerdebatten geht. Generell standen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der politischen Kampagne und des Regierungsprogramms. Dies wurde bereits von Pellegrini im März 2019 während seiner Debatte über die Zukunft Europas im Europäischen Parlament betont. Sowohl die vorherige als auch die aktuelle Regierung waren sich einig, dass EU-Angelegenheiten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert und die Vorteile der EU-Mitgliedschaft für die slowakische Öffentlichkeit verdeutlicht werden sollten. Aufgrund der Krise durch die Covid-19-Pandemie ist die Debatte über dieses Thema jedoch eher marginal, da sich die Regierung nun auf wirtschaftliche und gesundheitspolitische Fragen konzentriert.

Weiterführende Literatur

- Oľga Gyárfášová/Lucia Mokrá: Being European: The Slovak way, in: Michael Kaeding/Johannes Pollak/Paul Schmidt (Hrsg.): *The Future of Europe: Views from the capitals*. Cham 2018, S. 101-104.
- Oľga Gyárfášová/Lucia Mokrá: Slovakia: Euroscepticism as a Changing Notion in Electoral Campaigns, in: Michael Kaeding/Johannes Pollak/Paul Schmidt (Hrsg.): *Euroscepticism and the Future of Europe: Views from the capitals*. Cham 2021, S. 131-134.
- Pavol Frič/Oľga Gyárfášová: The rise of the politics of emotions: anti-elitism and anti-corruptism as traits of Czech and Slovak populist parties, in: *Politické vedy* 4/2019, S. 221-246.
- Aliaksei Kazharski: Two kinds of small? The 'EU core' in Slovak and Czech geopolitical imagination in: *Journal of Contemporary European Studies* 4/2019, S. 424-438.

12 Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: Erklärung zum Programm der slowakischen Regierung, 11.5.2020, abrufbar unter: <https://www.mpsr.sk/programove-vyhlasenie-vlady-slovenskej-republiky-na-obdobie-rokov-2020-2024/800-17-800-15434/> (letzter Zugriff: 20.8.2020).